

Inhalt:

Es geht ans Eingemachte

Titelseite

Es reicht mit der importierten Gewalt!

Seite 2

Asylrecht endlich auf ein zeitgemäßes Fundament stellen

Seite 3

Warum Nein zur Cannabis-Legalisierung?

Wo ke heisst links

Seite 4

Wer finanziert die Moscheen in der Schweiz?

Pikom News

Seite 5

Leserbriefe

Religionsarmes Deutschland

Seite 6

Asyl: Es braucht keine neuen Unterkünfte,

sondern die konsequente Rückführung

Die negativen Folgen der masslosen

Zuwanderung

Seite 7

Einladung zur Generalversammlung 2023

Seite 8

Nr. 2/2023



Es geht ans Eingemachte



Von Jan Mahnert,
freier Journalist,
Bern



Windisch

Im ersten Quartal dieses Jahres häuften sich Nachrichten darüber, dass Schweizern das Mietverhältnis gekündigt werden soll, um für Flüchtlinge Platz zu machen. In der Aargauer Gemeinde Windisch müssen 49 Mieterinnen und Mieter ihre Wohnungen verlassen. In der Zürcher Gemeinde Seegräben erhielt ein Mieter aus demselben Grund die Kündigung. In Zürich selbst müssen Studenten ausziehen. Diese Nachrichten sorgten für heftige Reaktionen. Im Tages-Anzeiger schrieb Mario Stäuble, diese Reaktionen hingen mit der Furcht zusammen, von Fremden verdrängt und im eigenen Land marginalisiert zu werden. Stäuble sieht ein, diese Angst müsse mit einem realen Problem in Verbindung gesetzt werden, nämlich mit dem raschen Wachstum der Bevölkerung durch Masseneinwanderung seit der Jahrtausendwende, dennoch bezeichnet er sie als «irrational».

Die Fälle Windisch und Seegräben stuft Stäuble als «Einzelfälle mit besonderer Ausgangslage» ein. Aus der Häufung von Einzelfällen kann sich aber ein Trend ergeben. Ende Februar wurde bekannt, dass in der deutschen Stadt Lörrach 40 Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen ziehen sollen, um Platz für eine Unterkunft für Flüchtlinge zu machen. Auch anderenorts in Deutschland nimmt die Angst vor der Marginalisierung durch Fremde kon-

krete Züge an: Ende Januar erfuhren die Bewohner des 500-Seelen-Dorfs Upahl in Mecklenburg-Vorpommern, dass auf dem Gebiet ihrer Gemeinde eine Containersiedlung für 400 Flüchtlinge gebaut werden soll. Der Norddeutsche Rundfunk kommentierte: «Weder der Landrat noch die Einwohner wollen das – und trotzdem wird das Containerdorf gebaut». Die Bürger von Upahl fühlten sich insbesondere überrumpelt, weil sie nur sehr kurzfristig von den Bauplänen erfahren hatten. Es kam rasch zu Protesten und Demonstrationen. Auch in Frankreich wehren sich Menschen gegen das aufgezwungene Zusammenleben mit Fremden, so das Dorf Callac in der Region Côtes-d'Armor (alle Informationen über Callac entstammen einem Bericht der Zeitschrift Valeurs Actuelles vom 26. Januar 2023).

Callac ist eine kleine Ortschaft, wie es im ländlichen Frankreich viele davon gibt. Das Dorf hat seit den 1960er-Jahren über 1'000 Einwohner verloren (heutiger Stand: 2'200 Seelen). Die Zahl der Schüler im Collège ist in den vergangenen 30 Jahren um zwei Drittel zurückgegangen. Es gibt nur noch zwei oder drei Kaffeebars im Ort. Die Arbeitslosenquote betrug im letzten Jahr 18 Prozent.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat grosse Pläne für Ortschaften wie Callac: Im September

2022 kündigte er an, in den ländlichen Gebieten Frankreichs, in denen die Bevölkerung schrumpft, Fremde ansiedeln zu wollen. Parallel zu den Plänen des Präsidenten engagieren sich auch Privatpersonen für die Ansiedlung von Fremden im ländlichen Frankreich, so zum Beispiel das Pariser Ehepaar Bernard und Marie-France Cohen, Gründer der Kinderkleidermarke Bonpoint, das zu philanthropischen Zwecken im Jahr 2009 den Fonds « Merci » (Danke) gegründet hatte. 2021 wurde das Ehepaar auf Callac aufmerksam. Der Verein «Horizon» (Horizont) wurde gegründet, um mit der Ansiedlung von Flüchtlingen dem Städtchen neues Leben einzuhauchen.

Allerdings erfuhren die Bewohner Callacs so gut wie nichts über das Projekt. Sowohl die Zahl der Flüchtlinge, als auch der Zeitpunkt ihrer Ansiedlung im Dorf blieben in Geheimnis verhüllt. Die Bewohner organisierten sich bald und gründeten den Verein «Les Amis de Callac» (Freunde von Callac), um gegen das Projekt zu agitieren. Es fanden Demonstrationen statt, Petitionen wurden lanciert. Der Verein erhielt Unterstützung von Eric Zémours Partei «Reconquête!» (Zur Erinnerung: Zemmour kandidierte bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2022, Hauptthema seiner Kampagne war der «Grand Remplacement», d.h. der Bevölkerungsaustausch, der seit Jahrzehnten stattfindet, von den Hauptstrom-Medien jedoch als rechtsextreme Verschwörungstheorie abgetan wird).

Am 17. September 2022 fand eine Demonstration mit 300 Teilnehmern statt. Am 5. November kam es zu einer weiteren Demonstration; diesmal hatte auch die Gegenseite mobilisiert. Zahlreiche Antifas marschierten gegen die Freunde von Callac auf. 200 Polizisten mussten beide Gruppen trennen, Tränengas kam zum Einsatz. Die Stimmung im Dorf kippte, es kam zu unschönen Szenen. Es gab vermehrt Versuche, Träger des Projekts «Ho-

zion» einzuschüchtern. Der Bürgermeister erhielt telefonische Drohungen gegen seine Familie. Seine Stellvertreterin wurde im Internet angegriffen. Die Stimmung verschlechterte sich derart, dass der Bürgermeister sich Ende November 2022 dazu veranlasst sah, eine informelle Abstimmung innerhalb des Gemeinderats durchzuführen, um über das Schicksal des Projekts «Horizon» zu entscheiden. Acht Mitglieder des Gemeinderats waren dagegen, zwei verlangten die Sistierung, lediglich zwei unterstützten die Umsetzung. Eine zweite Abstimmung fand am 21. Dezember unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Am 9. Januar kündigte Callacs Bürgermeister das Ende des Projekts «Horizon» an. Auf dessen Umsetzung zu pochen hätte zum Sturz des Gemeinderats geführt.

Die mediale Aufmerksamkeit, welche der Fall Windisch erfuhr, versetzte linke Politiker in Panik. Lu-

zia Capanni, SP-Grossrätin und Einwohnerrätin von Windisch, meinte: «So etwas zerstört in der Bevölkerung nicht nur die Solidarität mit den Geflüchteten, sondern kann auch zu Rassismus führen.» Rolf Schmid, SP-Politiker und Präsident Netzwerk Asyl Aargau, sagte seinerseits: «So etwas geht gar nicht, es ist brandgefährlich. Und zwar deshalb, weil es gegenüber der Bevölkerung ein völlig falsches Signal aussendet. Es entsteht der Eindruck, dass zwischen Bevölkerungsgruppen priorisiert wird.» Dass indessen eine Priorisierung stattfindet, ist nichts Neues: Seit Jahrzehnten betreibt die Schweiz eine Politik der offenen Türen, die sowohl von links, als auch liberalen Politikern getragen wird. Jeder Versuch, eine restriktivere Einwanderungspolitik einzuläuten, wurde aufs Schärfste bekämpft. Nachdem das Volk 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen hatte, setzte das Parlament diese nicht um. Dem linksliberalen Establishment ist

es egal, dass die Schweizer langfristig zur Minderheit im eigenen Lande werden könnten. Dieser Ausgang wird in Kauf genommen, wenn nicht sogar darauf hingearbeitet wird.

Die «irrationale» Angst vor Verdrängung und Marginalisierung wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich zunehmen, denn es ist kein Ende der Zuwanderung aus aller Herren Länder in Sicht. Viele Schweizer konnten sich bisher den Luxus leisten, sich nicht mit Politik zu beschäftigen, doch jetzt wo sie direkt in ihren eigenen vier Wänden betroffen sein könnten, wären sie gut beraten, sich endlich mit den konkreten Folgen der von ihnen geduldeten oder gar befürworteten Politik auseinanderzusetzen. Und sie werden entscheiden müssen, ob sie Teil des Problems oder Teil der Lösung sein wollen.

Es reicht mit der importierten Gewalt!



Von
Martina Bircher,
Nationalrätin, Vizepräsidentin PIKOM,
Mitglied Staatspolitische Kommission,
Mitglied der Arbeitsgruppe Asyl
und Sozialvorsteherin Aarburg (AG)

Gewalt und Kriminalität nehmen in der Schweiz massiv zu. Ein Grund dafür ist die komplett gescheiterte Asylpolitik von Mitte-Linksgrün. Opfer sind oft Frauen – wie kürzlich in Zürich, wo ein Eritreer zwei Frauen spitalreif prügelte oder in Rapperswil (AG), wo ein Mann aus Sri Lanka seine Frau tötete.

Kürzlich hat ein Eritreer am Hauptbahnhof Zürich zwei Frauen spitalreif geprügelt. Dass die Staatsanwaltschaft wegen versuchter Tötung ge-

gen ihn ermittelt, zeigt die Brutalität des Angriffes. Nur drei Tage später tötete ein Mann aus Sri Lanka in Rapperswil (AG) seine Frau.

Das sind keine bedauerlichen Einzelfälle, sondern es ist leider zunehmend Alltag in der Schweiz. Eine der Ursachen ist die gescheiterte Asylpolitik von Mitte-Linksgrün. Das zeigt sich drastisch am Zürcher Hauptbahnhof, der immer unsicherer wird. Die Täter sind praktisch ausnahmslos **junge Männer mit Migrationshintergrund**, häufig aus **Nordafrika**, häufig **abgelehnte Asylanten**. Dass sie dennoch hier sind, zeigt das Scheitern unseres Asylsystems. Ein System, **das Leute belohnt, die ohne Asylgrund und illegal in die Schweiz kommen**, sich der Ausreisepflicht widersetzen und nicht einmal ausgeschafft werden, wenn sie kriminell und gewalttätig werden.

Es reicht mit der importierten Gewalt! Es ist höchste Zeit, die Schweizer Bevölkerung – insbesondere die Frauen – vor diesen angeblich Schutzsuchenden zu schützen. Die **SVP und das Par-**

teinabhängige Informationskomitee PIKOM fordern deshalb von der zuständigen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider endlich eine **Neuausrichtung der Asylpolitik:**

- ➔ **keine Asylverfahren mehr in der Schweiz** – dafür ist die Schaffung von Transitzentren an der Schweizer Grenze oder eine Kooperation mit einem Drittland zu prüfen, wo die Asylmigranten ihren Antrag stellen und den Asylentscheid abwarten müssen.
- ➔ **keine Aufnahme mehr von Asylanten aus sicheren Drittstaaten.**
- ➔ **Personen mit negativem Asylentscheid sind ohne Wenn und Aber auszuschaffen.** Ist dies aufgrund fehlender Kooperation der Person nicht möglich, so ist die Unterbringung in einem geschlossenen Zentrum anzuordnen, bis die Ausreise freiwillig erfolgt. Dies muss insbesondere für verurteilte Straf- und Gewalttäter nach Verbüssen ihrer Strafe gelten.

Einladung zum Fachreferat

Peter Regli
Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:
«Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?»

Organisiert durch:

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

➔ **Mittwoch, 18. Oktober 2023**

➔ **Auditorium der Kaserne Bern**
Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstr. 27)

➔ **18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**

«Man kann nicht hoffen, die Welt zum Besseren zu wenden, wenn sich der Einzelne nicht zum Besseren wendet. Dazu sollte jeder von uns an seiner eigenen Vervollkommnung arbeiten und sich dessen bewusst werden, dass er die persönliche Verantwortung für alles trägt, was in dieser Welt geschieht, und dass es die direkte Pflicht eines jeden ist, sich dort nützlich zu machen, wo er sich am nützlichsten machen kann.»

Marie Curie (1867–1934),
polnisch-französische Nobelpreisträgerin in Physik und Chemie

Asylrecht endlich auf ein zeitgemässes Fundament stellen



Von
Gregor Rutz,
Nationalrat,
Zollikon (ZH)

Spätestens seit die Stadt Lörrach 40 Mietern gekündigt hat, um Platz für Asylanten zu schaffen, ist klar: So kann es nicht weitergehen. Die europäische Asylpolitik ist gescheitert. Die Infrastrukturen platzen aus allen Nähten, die öffentliche Sicherheit ist gefährdet. Einzig kriminelle Schlepperbanden profitieren von den Fehlleistungen der Politik. Die Auslagerung der Asylverfahren ist der einzig vernünftige Weg. Dies fordert die SVP mit einem Antrag in der Staatspolitischen Kommission.

Schon vor zwanzig Jahren wurde darauf hingewiesen, dass viele junge Afrikaner in die Schweiz kommen, die meistens «rein gar nichts mit an Leib und Leben gefährdeten Flüchtlingen zu tun haben» – junge Wirtschaftsmigranten, welche die Chancen der Wohlstandsgesellschaft nutzen wollen (NZZ vom 12. Februar 2023). Urs Betschart, damals Vizedirektor im Bundesamt für Flüchtlinge, stellte fest: «90 Prozent der Bewerber kommen durch das Asyltor in die Schweiz, obwohl dieser Eingang eigentlich nicht für sie bestimmt ist.»

Die britische Regierung hat erkannt: Diese Migrationsströme müssen unterbunden werden. Hilfe und Schutz dürfen nicht mit Aufnahme gleichgesetzt werden. Daher will Grossbritannien künftig illegal Eingereiste nach Ruanda schicken, um dort die Asylverfahren durchzuführen.

Die Flüchtlingskonvention erlaubt, den Ort des Asylverfahrens ins Ausland zu verlegen, um so unerwünschte und gefährliche Wanderungsbewegungen zu unterbinden und das Schleppergeschäft unattraktiv zu machen. Sie begründet weder ein direktes Recht auf Asyl, spezifische Einreiserechte oder gar das Recht, dass Asylbewerber ihr Zielland aussuchen dürften. Die Konvention ist ein Abkommen zwischen verschiedenen Staaten und normiert das Recht im Asyl – nicht auf Asyl. Sie verpflichtet kein Land, Flüchtlinge innerhalb der eigenen Landesgrenzen aufzunehmen: Ein Schutzaufenthalt in einem Drittstaat ist zulässig.

Dies hat der britische High Court of Justice im Dezember 2022 bestätigt: Die Flüchtlingskonvention fordert faire Asylverfahren, die Respektierung des Gebots der Nichtrückweisung in Verfolgerstaaten

(non-refoulement) und die Gewährung von Schutz und Hilfe. Wie und wo dies geschieht, ist nicht vorgeschrieben. Dass die englischen Flüge derzeit noch nicht möglich sind, liegt also nicht an einer rechtlichen Unmöglichkeit, sondern daran, dass ein Fall noch vor dem Court of Appeal hängig ist.

EU-Länder fordern Kursänderung

Dass ein Paradigmenwechsel in der Asylpolitik erfolgen muss, sehen immer mehr europäische Länder. Nach Dänemark, Schweden und Holland bemühen sich nun auch die österreichischen Sozialdemokraten um eine Kursänderung. In ihrem Aktionsprogramm 2023 fordern sie «UNHCR-konforme Verfahrenszentren ausserhalb der Europäischen Union». Dies sei «die einzige vernünftige Lösung, um Leid zu verhindern, kriminellen Schleppern das Handwerk zu legen und die Kontrolle darüber zu erlangen, wer europäischen Boden betritt und wer nicht». Auf diese Linie will auch die dänische Regierung einschwenken: Sie hat ihre Pläne zu einem eigenen Asylzentrum in Ruanda vorerst auf Eis gelegt, um in Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten die Einrichtung eines Aufnahmezentrums ausserhalb Europas voranzutreiben.

Ruud Koopmans, Professor für Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität in Berlin, unterstützt diese Pläne: Die Vorstellung, wonach «wirksamer Schutz nur in der EU möglich sei und alles andere den Flüchtlingen nicht zumutbar» wäre, sei «Ausdruck eines Superioritätsdenkens,

das angesichts der Realität der heutigen europäischen Asylpraxis völlig unangebracht ist» (NZZ vom 16. Februar 2023). Die Auslagerung der Asylverfahren bewirke eine Reduktion der irregulären Migration und habe damit präventive Wirkung. Durch diese Schaffung freier Kapazitäten könne die Politik denjenigen Menschen helfen, die es am meisten brauchen.

Taten statt Worte – SVP verlangt Lösungen

Die SVP verlangt nun Taten statt Worte. Namens der SVP-Delegation habe ich in der Staatspolitischen Kommission einen Antrag eingereicht. Der Bundesrat muss dem Parlament ein Konzept vorlegen, wie Asylverfahren künftig im Ausland durchgeführt sowie – auch zusammen mit anderen Staaten – Hilfs- und Schutzzentren im Ausland errichtet werden können. So sollen Menschenhandel und Schlepperwesen bekämpft und bessere Hilfe vor Ort angeboten werden.

Gleichzeitig müssen die geltenden Ausländergesetze endlich konsequent angewendet und Ausweisungen vollzogen werden. Selbst das deutsche Innenministerium will die «konsequente Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern» verbessern. Europa weit besteht zudem zunehmend Einigkeit, dass unkooperative Herkunftsländer sanktioniert bzw. nicht mehr unterstützt werden sollen. All dies muss auch der Bundesrat aufnehmen und endlich umsetzen. Die Staatspolitische Kommission wird an einer ihrer nächsten Sitzungen darüber befinden.

Dank  und  bittere Realität:



Die Schweiz wird zum Asylanten-Mekka

Warum Nein zur Cannabis-Legalisierung?



Von
Nina Fehr-Düsel,
Kantonsrätin,
Vorstandsmitglied
Vereinigung
«Eltern gegen
Drogen»,
Küsnacht ZH

Die Legalisierung von sogenannt weichen Drogen wie Cannabis und Marihuana löst die Drogenprobleme nicht, im Gegenteil. Der weltweit stark steigende Konsum von Cannabisprodukten kann zu schweren psychischen Krankheiten führen – und damit zu einer zusätzlichen Belastung der Gesundheitssysteme. Auch die Schweiz ist davon stark betroffen.

Gemäss dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung wird weltweit immer mehr gekifft. In der EU ist der Konsum von Hanf-Drogen die Ursache für rund 30 Prozent der Drogentherapien. Das immer stärkere Haschisch und Marihuana auf dem Markt hat bei regelmässigem Konsum zu einem Anstieg von Sucht und psychischen Erkrankungen in Westeuropa geführt. Auch in Afrika und in lateinamerikanischen Ländern zeigt sich eine ähnliche Entwicklung.

750'000 Joints pro Tag in der Schweiz

Gemäss Studien der Universität Genf werden in der Schweiz pro Tag rund 750'000 Joints geraucht. Die Gefahr liegt nicht nur in der Menge, sondern auch in der Tatsache, dass Haschisch und Marihuana laut dem UNO-Bericht von Jahr zu Jahr gesundheitsschädigender werden, weil sie immer mehr THC (Tetrahydrocannabinol) enthalten. THC ist ein psychoaktiver Wirkstoff, der einen Rauschzu-

stand erzeugt und schwere psychische Erkrankungen hervorrufen kann. In den 1960er-Jahren lag der THC-Gehalt nach Angaben des «Schweizer Fachverbandes Sucht» in der Schweiz noch bei max. 3%, heute zwischen alarmierenden 10 und 20%.

Legalisierung führt ins Abseits

Weil Cannabis in der Schweiz illegal ist, sei es für die «Konsumentinnen und Konsumenten schwierig», den THC-Gehalt abzuschätzen. Die Projektleiterin des «Schweizer Fachverbandes Sucht» plädiert deshalb in der NZZ vom 28. Juni 2022 für eine Legalisierung von Cannabis: «Personen mit einem problematischen Konsum können dann mit Hilfsangeboten besser erreicht werden.» Die Legalisierung ist der in diesen Kreisen typische Weg des geringsten Widerstandes. Ziel der «Drogenlegalisierer» ist nicht die Suchtfreiheit und ein selbstbestimmtes Leben, nicht der Schutz der Gesunden und die Heilung der Drogenkranken, sondern die Schmerzfreiheit und verschiedene Suchtprogramme. Weil das Ziel der Drogenlegalisierer falsch ist, sind auch ihre Massnahmen verfehlt.

Die Realität: Legalisierung fördert Drogensucht

Beispiel USA: In Nordamerika wird als Folge der Legalisierung mehr Cannabis konsumiert, besonders unter jungen Leuten. Ein wachsender Anteil an psychischen Störungen (u.a. Schizophrenie) und von Selbstmorden geht laut dem UNO-Bericht auf den regelmässigen Konsum von Cannabis zurück. Auch die Spitalaufenthalte aufgrund des Drogenkonsums nehmen zu.

Die UNO schätzt, dass weltweit 284 Millionen Jugendliche und Erwachsene Drogen konsumieren. Mehr als 11 Millionen Süchtige spritzen sich die Rauschgifte. Die Hälfte davon ist mit Hepatitis C infiziert, 1,4 Millionen leben mit Aids. Nebst den verheerenden gesundheitlichen Konsequenzen für die

Betroffenen werden die Gesundheitseinrichtungen zusätzlich massiv belastet.

Wehret den Anfängen!

Auch wenn das Hauptübel die harten Drogen und Schmerzmittel sind: Nach wie vor beweisen diverse Studien, dass die sogenannten «weichen» und dennoch gefährlichen Drogen oft Einstiegsdrogen sind, die zu «schwererem Geschütz» animieren. Cannabis und Marihuana sowie gewisse «Partydrogen» sprechen vor allem die Jungen an.

Leider haben die Eidgenössischen Räte kürzlich für einige Verwirrung gesorgt, als sie den Anbau von CBD-Hanf (angeblich mit nur beruhigender und schmerzlindernder Wirkung) und den Eigengebrauch toleriert haben. So werden die Grenzen zwischen Legalität und Illegalität verwischt, und für die Strafverfolgungsbehörden wird es viel schwieriger, an die Händler heranzukommen. Auch die geplanten Cannabisversuche (u.a. in Zürich in Zusammenarbeit mit Apotheken) mit bis zu 20-prozentigem THC-Gehalt sind inkonsequent und der falsche Weg. Im Strassenverkehr gilt Null-Toleranz bei Alkohol – bei Cannabis-Versuchsteilnehmern gilt ein anderes Recht: Fahrausweise müssen nicht abgegeben werden.

Unsere Kinder schützen

Ich lehne die Legalisierung von Drogen ab. Cannabis darf nicht unterschätzt werden, gerade auch aufgrund der psychischen Störungen, welche ausgelöst oder verstärkt werden. Es ist unsere Pflicht, auch unsere Nachkommen vor Drogen zu schützen. Neben dem wichtigen Jugendschutz beugt dies auch der Überlastung der Gesundheitssysteme vor. Oberstes Ziel auch gegenüber sogenannt weichen Drogen und Einstiegsdrogen muss stets die Suchtprävention, der Schutz der Gesunden und die Suchtfreiheit sein. Jede Verharmlosung der Rauschgifte durch die Legalisierer bringt uns nicht weiter.

Woke heisst links

Von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen

Auf meine 200. Sendung «In den Sümpfen von Bern» habe ich sehr viele Reaktionen erhalten. Ich habe – ausnahmsweise in Rastalocken – erzählt, was die Woke-Bewegung in den USA für verheerende Dinge auslöst. Schlimme Auswirkungen erleben wir nicht nur bei den Medien und den staatlichen Institutionen, sondern auch in der Wirtschaft. Viele Konzerne haben die einfache Gleichung nicht begriffen: Woke gleich links. Lesen Sie hierzu meinen Kommentar.

Die Woke- und Gender-Welle verfolgt uns auf Schritt und Tritt. Hören Sie einmal die nervige Sprachregelung – oder muss man sagen Sprachpolizei – beim

Schweizer Radio und Fernsehen. Da verliert man endlos Zeit mit der ständigen Nennung von männlichen und weiblichen Formen.

Es wimmelt nur so von «Zuschauenden», «Telefon-Seelsorgenden», «Hausbesetzenden» oder – weil gerade Saison ist – von «Jagenden». Dem Medienkritiker Kurt W. Zimmermann ist aufgefallen: Nur «Verbrechende», «Serienmordende» und «Messerstechende» sind immer noch männlich. Ich bin mir ganz sicher: Mindestens 95 Prozent des Publikums sind von der woken Sprache total genervt!

Nehmen wir als Beispiel den offiziellen neuen Leitfaden «gendergerechte Sprache» der Zürcher Fachhochschule. Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften macht Empfehlungen für eine

«diskriminierungsfreie» Sprache. Nicht nur das: Die «Dozierenden» haben sogar das Recht, diese als notenrelevantes Bewertungskriterium festzulegen. Wohlverstanden, wir sprechen hier von einer staatlichen Bildungsinstitution!

Die Woke-Welle endet nicht beim Staatsfernsehen und bei staatlichen Schulen. Auch immer mehr Konzerne übernehmen die Sprach-Amputation aus Amerika, hängen Regenbogenfahnen auf, publizieren Leitfäden und loben ihre Woke-Kultur in den Geschäftsberichten. Die Unternehmen sind sonst völlig unpolitisch und merken gar nicht, dass sie mit ihrem Woke-Gehabe einer linksextremen Bewegung aufgefressen sind und diese damit unterstützen. Die gleichen Manager wundern sich dann, dass die Wirtschaft wichtige Abstimmungen verliert und dass sich die grosse Mehrheit ihrer Kunden durch das Verhalten mehr abgestossen statt angezogen fühlt – jedenfalls ganz bestimmt in der Schweiz.

Wer finanziert die Moscheen in der Schweiz?

Radikale und militante Islamisten finanzieren muslimische Zentren. Erstmals räumt die kuwaitische Botschaft in Bern öffentliche Zahlungen ein.



Von
Erich J. Hess
Unternehmer,
Nationalrat und
Stadtrat (SVP),
Bern

Gemäss Recherchen von «Sonntagsblick» unterstützt der Golfstaat über eine Stiftung im Kanton Waadt islamische Gotteshäuser bei uns. Im Zentrum der Geldströme steht eine religiöse Stiftung mit Sitz in Prilly VD. Ihr Name: Wakef. Ihr Zweck: Bau, Erwerb und Sanierung muslimischer Gotteshäuser in der Schweiz. Arabischsprachige Unterlagen von Wakef beschreiben mehrere Projekte der Stiftung im Detail. Es handelt sich um grössere Ausbaumassnahmen von Moscheen in Biel BE, Le Locle NE und Freiburg. So sind beispielsweise teure Renovationsarbeiten an der Al-Badr-Moschee in Le Locle aufgeführt. Als Geldgeberin fungiert die kuwaitische Awqaf-Stiftung, an deren Spitze der Minister für religiöse Angelegenheiten in Kuwait steht. Awqaf bezahlt Moscheen in vielen Ländern. Die Aufsicht über die Finanzierung der Moschee in Le Locle führt gemäss Unterlagen das kuwaitische Zakat House, das «Haus der Almosen».

Neben der Moschee in Le Locle profitieren vermutlich auch solche in Biel und Freiburg von Geldern aus Kuwait. Von SonntagsBlick auf die Unterstützung angesprochen, erklärt ein Sprecher der kuwaitischen Botschaft in Bern: «Die Botschaft bestätigt, dass die Moscheeprojekte von staatsnahen Organisationen Kuwaits finanziert werden.» Der Staat Kuwait und die ihm angeschlossenen Organisationen seien aktiv an der Finanzierung «humanitärer Projekte» weltweit beteiligt. Unklar bleibt dabei, wie viel Geld aus Kuwait an Schweizer Moscheen fliesst. Die Wakef-Verantwortlichen wollten dazu nicht Stellung nehmen. Auf ihrer Website sammelt die Stiftung noch immer Spenden für die Projekte. Dies, obwohl einzelne wohl bereits abgeschlossen sind. Zum Beispiel der Umbau der Salah-Eddine-Moschee in Biel, für den Wakef online um 500'000 Franken bittet.

Millionenprojekte militanter Islamisten

Noch deutlich teurer ist das Moschee-Projekt in Freiburg, eine grosse Moschee und eine Koranschule für Kinder. Es soll vier Millionen kosten. Ziel ist laut Projektbeschreibung unter anderem, Nichtmuslime von einem Übertritt zum islamischen Glau-

bensbekenntnis zu überzeugen. Der Ausbau der Al-Badr-Moschee in Le Locle ist auf 1,5 Millionen veranschlagt. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, ob das Projekt bereits abgeschlossen ist. Nach Auskunft der Stadt datiert der letzte Bauantrag aus dem Jahr 2019. Ob die islamische Wakef-Stiftung weitere Arbeiten plant, ist nicht klar. Eine Spendensammlung für den Ausbau ist nach wie vor online. Die Gelder aus Kuwait dürfte der Präsident der Waadtländer Wakef-Stiftung persönlich aufgetrieben haben: Mohamed Karmous, ein umtriebiger Frankotunesier aus Neuenburg, der den radikalen Muslimbrüdern nahesteht. Der französische Geheimdienst stuft ihn 2007 als «militanten Islamisten» ein. Karmous leitet zusammen mit seiner Ehefrau Nadia mehrere Vereine und Stiftungen in der Romandie und im Tessin. Bereits 2019 deckte das Buch «Qatar Papers» auf, wie die beiden dabei von Katar unterstützt werden. Basierend auf vertraulichen Dokumenten belegten zwei französische Journalisten, wie Katar das Islam-Museum in La Chaux-de-Fonds NE mit 1,4 Millionen Franken mitfinanzierte. Nadia Karmous ist mittlerweile Direktorin des Museums.

Seine Finger hat Katar auch bei der Bieler Salah-Eddine-Moschee im Spiel. Das Gebäude wurde mit Unterstützung der Scheichs gekauft. In einem Brief an eine staatsnahe katarische Stiftung

bedankt sich Mohamed Karmous im Namen von Wakef für die finanzielle Hilfe. Im gleichen Schreiben bittet Karmous die Katarer um weitere Gelder. Das gekaufte Gebäude müsse total renoviert werden. Die Kosten dafür hat nun wiederum offenbar Kuwait übernommen.

Geldflüsse aus der arabischen Welt

Die grosszügige Finanzierung von Moscheen durch ausländische Akteure hat offenbar System. Weil die islamischen Vereine in der Schweiz das Geld für solche Bauten oftmals nicht selbst zusammenbringen, springen andere ein. Neben Katar – und nun Kuwait – gibt es schon länger Belege auch für Geldflüsse aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei. So finanzierte das saudische Königshaus die Genfer Moschee Petit-Saconnex mit Millionen. Auch die Türkei bezahlte Dutzende Imame in Moscheen in der ganzen Schweiz. Jedoch bleibt das wahre Ausmass der Fremdfinanzierung trotz einzelnen bekannten Beispielen wohl mehrheitlich im Dunkeln. Viele Moscheevereine sträuben sich gegen Transparenz. Es wird deshalb höchste Zeit, die Geldflüsse der ausländischen Geldgeber der Moschee-Projekte schonungslos aufzudecken und den radikalen und militanten Islamisten unmissverständlich das Handwerk zu legen.



Neue EU-Super-Datenbank

Es ist ein Unterfangen von historischer Grössenordnung. Die Europäische Union legt derzeit alle Datenbanken, die biometrische Daten enthalten, in einem neuen System zusammen. Davon betroffen sind das Schengener Informationssystem, die Visumsdatenbank, das Fingerabdrucksystem für Asylsuchende und eine Datei zu ausländischen Ver-

urteilen in Terrorismusverfahren. Auf diese Weise entsteht eine neue Super-Datenbank, die nächstes Jahr durch ein Einreise-/Ausreisensystem ergänzt wird. Nach Geflüchteten und Visapflichtigen müssen dann auch alle anderen Reisenden aus Drittstaaten beim Grenzübergang in die EU ihre biometrischen Daten abgeben. Das neue System wird dann Fingerabdrücke und Gesichtsbilder von über 400 Millionen Personen aus Drittstaaten enthalten. Im Zusammenhang mit dieser neuen Super-Datenbank soll ein neues Europäisches Reiseinformations- und Genehmigungssystem namens ETIAS (European Travel Information und Authorization System) eingeführt werden. Damit soll der Zugang zur EU bzw. zum Schengenraum neu einer kostenpflichtigen Online-Anmeldung unterliegen, ähnlich dem amerikanischen System mit dem ESTA. Falls diese neue Super-Datenbank tatsächlich zu mehr Sicherheit innerhalb des Schengenraums führen soll, ist die Einführung grundsätzlich zu begrüssen. Sollte sie jedoch zu mehr Überwachung und am Ende zum gläsernen Bürger führen, ist klar ein kritisches Auge auf die Einführung zu werfen.

Liebes PIKOM-Team

Mit grosser Erleichterung habe ich grad Ihre Website gefunden. Ich bin erleichtert, zu sehen, dass es gute Menschen in diesem Land gibt, die so denken wie ich.

Sie haben auch in den News gelesen, wie die Frau Flüchtling sagte, wenn die Sozialhilfe ihr Auto nicht bezahlt, würde sie das Land verlassen. Ich bin eine 49-jährige Schweizerin, meine Familie war bereits im Jahr 1230 in diesem Land. Ich habe KEIN Auto. Wie kommt eine Flüchtlingsfrau dazu, derartige Forderungen zu stellen?

Früher, da waren Flüchtlinge noch dankbar, respektvoll und höflich. Heute meckern und motzen sie an allen Dingen. Sie erhalten eine Wohnung, Essen, medizinische Versorgung und ganz viele Freiwillige helfen bei den Bewerbungen und Deutschkursen. In welchem anderen Land bekommt ein Flüchtling so viel Hilfe, wie bei uns?

Allen Flüchtlingen, die hier ständig nur motzen und die Arbeit verweigern, eine Frage: WAS tun diese Flüchtlinge für uns Schweizer? Was tun sie für UNS?

Die jungen Schweizer und Schweizerinnen haben Angst vor ihnen in der Schule, dürfen nicht mehr offen über ihren christlichen Glauben reden... Ist DAS der Dank dafür, dass wir diese Menschen hier aufgenommen haben und vor Krieg schützen?

Ich fordere und erwarte VIEL mehr Dankbarkeit, viel mehr Respekt und Rücksichtnahme von allen Flüchtlingen. Doch seit Jahren geht es in die andere Richtung: sie motzen, sind frech, beschimpfen uns und versuchen, die Versicherungen zu betrügen und die Arbeit zu verweigern.

Wir sollten uns ein Beispiel an anderen Ländern nehmen und VIEL strenger werden, in allen Gemeinden, in allen Kantonen. Danke PIKOM !!

Hallo Vernunft?

Es ist arrogant und unverständlich, wenn Mieterinnen und Mieter rausgeworfen werden, damit dort Asylanten wohnen können – auch wenn es nur vorübergehend geplant ist wie im Fall Windisch. Protest von links bis rechts ist gerechtfertigt. Was denkt sich die Regierung dabei? Wir Steuerzahlenden werden vom Staat gezwungen, den Asylanten ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, werden aber gleichzeitig aus unseren Wohnungen geworfen? Gah! na? Das Schweizer Asyl-Unwesen hat die Schmerzgrenze längst erreicht. Die Folgen werden verheerend sein: Zunehmende Staatsverdrossenheit und Steuerhinterziehung, WutbürgerInnen, Gefahr sozialer Unruhen, etc. Deshalb dieser Appell an unsere Regierungen und Parlamente: Spielen Sie bitte nicht mit dem Feuer.

Ueli Krasser, Dipl. Ing. ETH, 6332 Hagendorn

Asylgesuche und kein Ende

«Die vielen Asylgesuche machen mir keine Angst» sprach Bundesrätin Baume-Schneider.

Ob jedoch die Bevölkerung keine Angst vor den vielen Asylannten (richtigerweise illegalen Einwanderern) hat, ist mehr als fraglich.

Otto Weiersmüller, 8707 Uetikon

Sie finden auf unserer Homepage laufend die aktuellsten Informationen zur Ausländerpolitik der Schweiz.
www.pikom.ch

Religionsarmes Deutschland



Von Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schломann, D-Königswinter/Bonn

Bei den Weihnachtsfesten der vergangenen Jahre waren die Kirchen wegen Corona nicht oder nur eingeschränkt zugänglich. Doch die Hoffnung auf die früheren Besucherzahlen erfüllten sich nicht. In den letzten Jahren besuchten lediglich 15,4 Prozent die Gotteshäuser. Es ist davon auszugehen, dass «der Verlust der religiösen Gemeinden von Dauer sein wird», analysiert ein wissenschaftliches Gutachten. Bereits vor drei Jahren traten rund 220'000 Personen aus der evangelischen Kirche und 221'000 Personen aus der katholischen Kirche aus. 2021 stiegen die Zahlen auf 280'000 bzw. 359'000. Letztes Jahr verliessen 400'000 Katholiken und 350'000 Evangelische ihre Kirche.

Die Ursache zu diesem Schritt dürfte wohl einmal das Bezahlen der Kirchensteuer sein, welche die Kirchensteuerbehörde in einer Höhe von 600 Millionen Euro einkassiert und sie dann den Kirchen weiterleitet – welche bei Austritten verständlicherweise geringer wird. Man glaubt, von den 80 Millionen Deutschen (19,7 Millionen Protestanten, 21,6 Millionen Katholiken) rund 20 Prozent der Kirchenmitglieder einen baldigen Kirchenaustritt als wahrscheinlich erachten.

Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 41 61

Vorstand: Stadtrat, Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – Nationalrätin und Frau Vizeammann Martina Bircher, Vizepräsidentin, Aarburg – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – Manuela Kummli, Meisterschwanden – Stadtrat Janosch Weyermann, Bern – Pierre Juchli, Zürich – alt Grossrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern

Homepage: www.pikom.ch

E-Mail: pikom@pikom.ch

IBAN CH44 0900 0000 6007 6254 9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich



Asyl: Es braucht keine neuen Unterkünfte, sondern die konsequente Rückführung



Von
Andreas Glarner,
Nationalrat, Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates und Co-Leiter der Arbeitsgruppe Asyl, Oberwil-Lieli (AG)

Die Asylzahlen explodieren. Doch die Mehrheit der Asylanten sind keine Flüchtlinge. Sondern Wirtschaftsmigranten, die einfach ein besseres Leben wollen – in der Regel auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Deshalb braucht es endlich eine Neuausrichtung der Asylpolitik. Dass die FDP, die bis vor Kurzem sämtliche Verschärfungen ablehnte, nun einen harten Asyl-Kurs fahren will, nehmen wir erfreut zur Kenntnis.

Das Scheitern des Schweizer Asylsystems lässt sich nur schon an den neusten Zahlen ablesen: Allein 2022 wurden in der Schweiz 24'511 Asylgesuche gestellt – das sind 64,2 Prozent mehr als 2021. Für 2023 rechnet der Bund sogar mit bis zu 40'000 neuen Asylmigranten.

Die Mehrheit dieser Personen sind **keine Flüchtlinge**. Es sind vor allem junge Männer aus Afghanistan, Eritrea und der Türkei – in der Regel ohne wirklichen Asylgrund. Sie sind **auf der Suche nach einem besseren Leben und wollen in unser grosszügiges Sozialsystem einwandern**.

Kriminelle Schlepperbanden schleusen sie durch zig sichere Länder. **Wer es bis in die Schweiz geschafft hat, wird mit dem verlogenen Status «vorläufige Aufnahme» belohnt**. Konkret heisst das: Diese Leute bleiben für immer hier – in den meisten Fällen auch Jahre oder Jahrzehnte auf Kosten der Schweizer Steuerzahler. Per **Ende 2022 gehörten 44'806 Personen dieser verlogenen Kategorie an** und jedes Jahr werden es mehr. **Das Scheitern des Asylsystems verantwortet die Mitte-Linksgrün-Mehrheit in Parlament und Bundesrat**. Statt endlich die Zuwanderung von Asylschmarotzern zu stoppen, suchen sie Betten, Kasernen, Zivilschutzanlagen und Turnhallen, um noch mehr dieser Leute unterzubringen. **Die Folgen dieser Politik: Kosten, Kriminalität und Integrationsprobleme explodieren**.

Dass wir bei unseren Forderungen neu auf die Unterstützung der FDP zählen können, nehmen wir erfreut zur Kenntnis. **Denn bis vor kurzem lehnte die FDP im Nationalrat jegliche Verschärfungen in der Asylpolitik geschlossen ab:**

20.4053 Entzug der Aufenthalts- respektive Niederlassungsbewilligung aufgrund des widerrufenen Flüchtlingsstatus.

- 21.420 Asylsuchende, die ein sicheres Land durchqueren, sind keine Flüchtlinge.
- 20.3845 Zwingende DNA-Prüfung bei Familienanzug aus dem Ausland.
- 20.4347 Migranten und Asylbewerber mit ungeklärter Identität oder aus Risikogebieten geschlossen unterbringen oder überwachen.
- 20.4346 Keine Resettlement-Migranten mit ungeklärter Identität oder aus Gebieten mit einer starken Präsenz von terroristischen Gruppen.
- 20.4300 Terroristische Wirtschaftsmigranten. Entscheidend ist, dass an den Grenzen gehandelt wird.
- 19.3444 Kompensation der Ausgaben für Nothilfe an abgewiesene Personen des Asylbereichs.
- 19.434 Ausschluss von sogenannten Umwelt- oder Klimaflüchtlings vom Flüchtlingsbegriff im Asylgesetz.
- 19.3035 Eine «Krankenversicherung light» für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht.
- 19.487 Vereinfachung des Asylverfahrens. Asylgesuche an der Grenze unter Beachtung des völkerrechtlich zwingenden Non-Refoulement-Gebots.
- 19.3998 Förderung der Integration von anerkannten Flüchtlingen in den Gemeinden.

Die negativen Folgen der masslosen Zuwanderung



Von
Marcel Dettling,
Nationalrat und
Wahlkampfleiter,
Oberiberg (SZ)

Die Schweizer Bevölkerung wächst doppelt so schnell wie jene Grossbritanniens oder Frankreichs und sogar 20 Mal so schnell wie die Bevölkerung Deutschlands. Verantwortlich dafür ist die unkontrollierte Massenzuwanderung. Die Mitte-Links-Mehrheit im Parlament weigert sich, den Volkswillen anzuerkennen und die 2014 von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative der SVP umzusetzen.

Die Folgen sind katastrophal. So katastrophal, dass sie inzwischen auch die linken Mainstream-Medien nicht mehr totschweigen können. Die «Sonntagszeitung» zeigt in ihrer jüngsten Ausgabe mit einem Schwerpunkt, was die masslose Zuwanderung für die Bevölkerung, die Infrastruktur und die Umwelt bedeutet:

1. Die Gesellschaft verändert sich.
2. Wachstum in die Breite.
3. Die Infrastruktur kommt an die Belastungsgrenze.
4. Umwelt und Landschaft leiden.
5. Die Schweiz wird zugebaut.
6. Der Verkehr stockt zunehmend.
7. Die Schweiz wächst viel schneller als vergleichbare Länder.

Zuwanderung wieder eigenständig steuern

Der ungehemmte Zustrom von Ausländern bringt grosse Probleme an den Schulen. Die Kosten stei-

gen, das Niveau sinkt. Die Mehrheit der Schulgänger kann nicht mehr richtig Deutsch. Die Ausländer plündern unsere Arbeitslosenkasse und beziehen übermässig oft Sozialhilfe. Die Strassen sind verstopft, die Züge überfüllt. Negativ wirkt sich die masslose Zuwanderung auch auf die Umwelt aus. Was die Schweizer etwa im Energiebereich sparen, machen die Zuwanderer wieder zunichte. Dasselbe gilt für das Wachstum unserer Wirtschaft: Pro Kopf profitieren wir nicht davon. Die Bilanz kippt auch hier ins Negative.

Es ist also höchste Zeit, das Steuer herumzureisen. Im Wahljahr 2023 bietet sich und die Chance dazu. Wir müssen dafür sorgen, dass die Schweiz die Zuwanderung endlich wieder eigenständig steuert und dass die Einwanderung in den Sozialstaat gestoppt wird!

Einladung an die Mitglieder, Gönner und Sympathisanten des PIKOM

Generalversammlung 2023

Datum: Samstag, 24. Juni 2023

Zeit: ab 12.45 Uhr Musikalische Unterhaltung mit dem Trio Gibli

13.15 Uhr Start der Generalversammlung

13.45 Uhr

**Öffentliches Referat von
Nationalrat Benjamin Giezendanner**

«Perspektiven statt Utopien!»

Im Anschluss vom PIKOM offerierter Apéro riche

Ort: Gasthof zum Schützen,
Schachenallee 39,
5000 Aarau,
Telefon 062 823 01 24
www.gasthofschuetzen.ch



*Benjamin Giezendanner,
Nationalrat und
Ständeratskandidat,
Unternehmer, Rothrist*

- Traktanden:**
- Begrüssung der Mitglieder, Gönner und Sympathisanten durch den Präsidenten PIKOM alt Nationalrat und Grossrat Thomas Fuchs
 - Tätigkeitsbericht und allgemeine Informationen
 - Jahresrechnungen 2022 und Berichte der Revisoren
 - Entlastung des Präsidenten und der Vorstandsmitglieder
 - Wahlen
 - PIKOM-Aktivitäten 2023/2024
 - Budget 2023
 - Verschiedenes und Umfrage

Beachten Sie bitte folgende Anmerkungen des Vorstandes: **Anträge, über die diskutiert und abgestimmt werden soll, sind bis zum 20. Juni 2023 schriftlich dem Präsidenten einzureichen.**

Der Vorstand hofft auf zahlreiches Erscheinen!

Thomas Fuchs, Präsident PIKOM